

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band V

Der perfekt getarnte religiöse Totalitarismus vom 4. bis zum 21. Jahrhundert

Religionen des Satans: Die Machtbasis des Bösen

Band V/041

Die aggressive Expansionspolitik des Islam vom 20. bis zum 21. Jahrhundert

16. August 2017 bis 2018

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Verfolgung von Christen und Andersgläubigen - auch in Deutschland

Seit vielen Jahren sehe ich mit großer Sorge die zunehmende Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten. Mittlerweile beziffert die Hilfsorganisation "Open Doors" die Anzahl der Christen unter Verfolgungsdruck auf weltweit 200 Millionen Menschen. Die Anzahl hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt.

Der Zustand der Religionsfreiheit gilt als ein deutlicher Indikator für die allgemeine Menschenrechtslage in einem Staat. Wo es Religionsfreiheit gibt, sind in der Regel auch andere zentrale Freiheitsrechte weniger in Gefahr. Jedoch werden viele Christen und zahlreiche weitere religiöse Minderheiten wie die Jeziden und die Bahai, die Tibeter in China und auch Muslime in Indien systematisch diskriminiert, verfolgt und ermordet. Die Anzahl der Christen ist jedoch weltweit besonders häufig von Unterdrückung und Verfolgung betroffen.

Der Weltverfolgungsindex zeigt, daß es insbesondere in muslimischen Ländern zur systematischen Unterdrückung, Diskriminierung und Verfolgung kommt.

Woher resultiert die enorme Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern und die Einschränkung der Glaubensfreiheit? Beides resultiert aus dem islamischen Recht, der Scharia. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam als Willenserklärung der Mitgliedsstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz stellt alle ihre Artikel, auch den zur Glaubensfreiheit, unter den Vorbehalt der Scharia.

In dieser steht die Apostasie, damit ist der Abfall vom Islam gemeint, unter Todesstrafe. Die Praktizierung des eigenen Glaubens - außer dem Islam - sei es privat oder im öffentlichen Bereich, ist verboten. Bereits geäußerte Kritik am Islam kann dazu führen, daß man verhaftet oder gar getötet wird. Die Verfolgung ist spürbar, wenn Christen ihren Glauben praktizieren, wenn sie sich nicht den religiösen muslimischen Ritualen wie dem Fasten des Ramadan unterwerfen.

Der Bau von Kirchen ist vielerorts beinahe unmöglich, es kommt vielmehr zu Enteignungen und Zerstörung jahrhundertealter Heiligtümer.

Christliche Geistliche schweben in Lebensgefahr, wenn sie als solche durch ihre Kleidung erkennbar sind. Predigten dürfen nur an bestimmten Tagen abgehalten werden.

Für Deutschland müssen wir darüber hinaus mit großer Sorge erkennen, daß als Folge der

großen Migrationsbewegungen global beobachtete Defizite religiöser Toleranz inzwischen auch verstärkt bei uns spürbar sind. So sind vor allem in den letzten Jahren Menschen aus Gesellschaften nach Europa und Deutschland gekommen, in denen sie ohne religiöse Toleranz aufgewachsen sind.

Wir erleben in Folge die Zunahme antisemitischer Strömungen und unverhohlener Aggressivität gegenüber Christen und Jeziden in deutschen Asylunterkünften. Berichte über Spannungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, selbst zwischen unterschiedlichen muslimischen Glaubensrichtungen wie Sunniten und Schiiten zeigen uns, daß dieses religiöse Konfliktpotential in Deutschland angekommen ist und uns vor erhebliche Herausforderungen stellt.

Verkennen dürfen wir dabei nicht, daß es auch bei uns in Deutschland islamistische Versuche gibt, Religion als politisches Vehikel zu mißbrauchen, z.B. das Tragen ausgrenzender Kleidung wie Kopftuch, Burka oder Niquab als religiös zu begründen, obwohl religiöse islamische Führer dies als reine traditionelle Kleidung bewerten.

Gerade aufgrund der Entwicklungen, die Christen vielerorts erdulden müssen, müssen wir in Deutschland wachsam sein und Intoleranz zu Lasten unserer Rechts- und Wertvorstellungen nicht nur klar widersprechen, sondern auch konsequent unterbinden. Leider geschieht das fahrlässig nicht.<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/...): >>**Gezielte Verharmlosung des Islam**

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, *"verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, *"was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt"*, setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. *"Wir können von ihnen auch lernen"*, sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht"*.

Damit meine er *"auch die Toleranz"*. Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden"*, sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung"*. *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker"*, sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: *"'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der*

sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. ... Der Islam ist eine Religion wie das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."

Das Grundmuster des Islam

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: *"Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraussetzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."*

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.

Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.

Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.

Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.

Daher heißt es in der 19. Sure: *"Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: *"Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern (der Staub) sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

Die totale Daseinsordnung

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert. Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs,

die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln Mohammeds, abgeleitet werden.

"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."

Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, *"daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. ... Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia."*

Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemachte Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben. Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.

Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.

Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.

Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.

In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. *"Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach Joh. 5, 20.*

Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. *"Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). *"Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).

Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben. Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses ein-

fließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.

Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

Reformversuche des Islam

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.

Denn wie dargelegt, *"gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."*

Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die ... um sich gegriffen hätten."*

Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten eingetreten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, *"und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*

Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*

Er stellte den Islam *"als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. ..."* Der Islam sei *"kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*

Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.

Dies schein nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. *"Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*

"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsaus-

übung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. ...

Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."

Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. ... Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

Täuschung und Wirklichkeit

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirmacher so zusammenfaßte:

46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion ... für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Emnid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere

Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten Gesellschaft."

Die Strategie der Täuschung

Es kann also keine Rede davon sein, daß "*die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger*" seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind, den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:

"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. ... Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.

'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.' (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*

Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.

Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*

Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.

Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.

Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas

langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshintergrund.

Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.

Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.

Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. August 2017: >>**Zwischen Marx und Mohammed**

Von Gast Autor Stefan Allgaier

Eines ist uns erspart geblieben: Daß gleichzeitig zum linksradikalen Höllensturm während des G20-Gipfels in Hamburg die Schläfer des Islamischen Staates (IS) in anderen Städten zuschlugen. Die Polizei, die aus allen Bundesländern Kräfte an die Elbe abgeordert hatte, wäre kalt erwischt worden. Die schwarzen Fahnen, die in der Hansestadt geschwenkt wurden, waren die der Anarchisten - nicht die des IS.

Noch trennt ein Graben wesentliche Teile der Revoluzzer von den Dschihadisten. Die theoretische Avantgarde der Krawallanten, die sogenannte Interventionistische Linke, fühlt sich zwar den Terroristen verbunden - aber nicht denen des IS, sondern denen der kurdischen PKK und seines Ablegers YPG in Syrien, die zumindest derzeit an vorderster Front gegen die salafistischen Kopfab-Milizen kämpfen und im Nordwesten des Landes ihren eigenen Protostaat, Rojava genannt, proklamiert haben.

Die nützlichen Idioten

Immerhin gab es im Vorfeld der hanseatischen Feuernächte einen Schnupperkurs für Islamliebhaber: "Im Panoramaraum der Hamburger Katholischen Akademie haben sich am Freitag (30.6.2017) mehr als 100 Jugendliche katholischer, evangelischer und muslimischer Glaubensrichtungen zu einem bemerkenswerten Dialog eingefunden. Eingeladen hatte die christlichen und muslimischen Jugendlichen neben der Schura Hamburg der Fachrat Islamische Studien, die katholische Akademie, das Zentrum für Mission und Ökumene, die Junge Islam Konferenz und das Jugendforum St. Georg/Borgfelde.

Unter dem Motto "G20: Was tust Du für Deine Welt? - Hamburger Jugend macht's vor!" wurden Inputs gegeben, Diskussionen angeregt und ein Workshop für konkrete Ideen durchgeführt", berichtete das Islam-Portal *dunia.de*.

Der IS hofft jedenfalls auf den Schulteranschlag mit den Roten und proklamierte schon 2015 in seiner Kampfschrift "Black Flags from Rome - Armed Gangs & Missiles": "Es ist höchst wahrscheinlich, daß es zu Bündnissen zwischen Muslimen und linken Aktivisten kommen wird. (...) Ein Teil wird realisieren, daß (...) der bewaffnete Kampf die Alternative ist." Die nützlichen Idioten für diese Strategie finden sich in der hiesigen Friedensbewegung. Im November 2015 organisierten Pax Christi und die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK in

Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Titel "Islamischer Staat - vernichten oder diplomatisch anerkennen?".

Kurz nach den mörderischen Anschlägen in Paris mit 130 Toten und dem Abschluß eines russischen Passagierflugzeuges durch den IS empfahl DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer einen Schmusekurs: "Wir müssen mit dem IS verhandeln. Das wird schwierig, aber es wird gehen."

Drei Wochen später, Mitte Dezember 2015, verwüsteten Antifa-Horden die Leipziger Südvorstadt. Selbst Leipzigs OB Burkhard Jung (SPD), der bisher im "Kampf gegen Rechts" die Linksradiكالen als Bündnispartner begrüßt hatte, war über den "offenen Straßenterror" entsetzt. "Diese Gewalt von Anarchisten und sogenannten Autonomen ist schockierend", erklärte der Oberbürgermeister. "Hier waren Kriminelle am Werk, die vor nichts zurückschrecken." Pikant: Eine der Antifa-Demonstrationen fand unter der Überschrift "Nieder mit dem Baath-Regime in Syrien!" statt und bewegte sich damit auf der Linie der Dschihadisten.

Unterstützung für die Mudschaheddin gibt es auch von der linken Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, die der fundamentalmuslimischen Opposition gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Baschar al-Assad parlamentarischen Flankenschutz gewährt. Ihr Projekt nennt sich Adopt a Revolution und unterhält gute Beziehungen zum Syrischen Nationalrat, der eng mit der Freien Syrischen Armee (FSA) verbunden ist und fortwährend ein militärisches Eingreifen der NATO fordert. Die FSA wiederum gilt im Westen als moderat, hat aber an den Fronten des Bürgerkrieges immer wieder militärisch mit dem IS und dem al-Qaida-Ableger al-Nusra-Front kooperiert.

Das Anbandeln zwischen Islamismus und Linksradikalismus ist kein neues Phänomen. In den Nachwehen der Roten Armee Fraktion entstand 1992 die linksterroristische Gruppierung Antimperialistische Zellen (AIZ). Bis 1996 verübten die AIZ neun Brand- und Sprengstoffanschläge, so gegen ein GSG-9-Mitglied (1993, Solingen), die Geschäftsstelle der CDU Düsseldorf (1994), den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer (1995, Siegen) sowie das Konsulat von Peru (1995, Düsseldorf). Die einzigen bekannten AIZ-Mitglieder Bernhard Falk und Michael Steinau wurden im Februar 1996 verhaftet und später wegen Mordversuchs verurteilt. Die AIZ erfreute sich an der "islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben".

Zudem empfahl sie die Scharia als kulturelles Erbe für eine Entwicklung einer egalitären Gesellschaft und den Koran als Werk mit "allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen Prinzipien". Während der 13- beziehungsweise 9-jährigen Haft orientierte sich Steinau - so die linke Wochenzeitung Jungle World - am ebenfalls einsitzenden Neonazi Kay Diesner, während sich Falk nach der Haftentlassung 2008 im Raum Dortmund in salafistischen Kreisen herumtrieb und in einem Pamphlet mit Terror gegen die US-Basis Ramstein drohte. Zudem betreut er laut Verfassungsschutz und LKA Islamisten im Knast, wobei der Begriff Gefangenenerbefreiung gefallen sein soll.

Falk ist kein Einzelfall. Der Dschihadisten-Aussteiger Irfan Peci nennt in einem Beitrag des Bayerischen Rundfunks vom März 2017 weitere Beispiele. So hat der IS-Terrorist und frühere Rapper Denis Cuspert aka Deso Dogg geäußert, daß er früher mit linksmilitanten Freiheitsbewegungen sympathisierte. Sein Weggefährte, der österreichische Terrorist Mohamed Mahmud, soll laut Terrorexperte Thomas Schmidinger in der SPÖ-nahen Aktion kritischer Schüler_innen gewesen sein. Über die antimperialistische Linke und den Antiamerikanismus habe er zum Dschihad gefunden.

Dschihadisten und Linksradiكالen treffen sich auf halbem Weg in der Kapitalismuskritik. Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden soll eifriger Leser des roten Starintellektuellen Noam Chomsky gewesen sein. Und wie Al Gore sorgte sich auch der Saudi um den Klimawandel: "Aber die Verschwendung der Energie (...) wird zu Chaos, Schande und Niederlage führen."

Öko ist bei den Gotteskriegeren ohnedies ein Muß. So weist das 2015 erschienene IS-eBook Hijrah to the Islamic State die Terroristen an, zum Schutz der Umwelt ein Solarladegerät mit in den heiligen Krieg zu nehmen. Auch in der Militärstrategie gibt es Parallelen zwischen Mudschaheddin und Linksrevolutionären. Der Weggefährte Bin Ladens, Abu Musab al-Suri, bezieht sich in seinem Buch *The Global Islamic Resistance Call* (2005) auf Mao Tse Tung, Che Guevara, den vietnamesischen General Giap und Fidel Castro. Sein Kalkül: Als Reaktion auf islamistischen Terror entsteht eine rechtsreaktionäre Gegenbewegung, welche die Konfrontation mit den Dschihadisten sucht und dadurch Europa destabilisiert. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. September 2017:

>>**Großmoschee in Sulzbach**

Der saarländische Ort droht zur Salafistenhochburg zu werden

Die alte Post im saarländischen Sulzbach soll zur größten salafistischen Moschee in Deutschlands Südwesten umgebaut werden. Der geplante Umbau, den der Stadtrat und die zuständige Baubehörde bereits durchgewinkt haben, erregt jetzt die Gemüter im sonst eher beschaulichen kleinsten der bundesdeutschen Flächenstaaten. Träger der geplanten Moschee ist nämlich die Islamische Gemeinde Saar (IGS), die bereits in Saarbrückens Stadtteil Burbach und für die arabischen Medizinstudenten in Homburg zwei arabischsprachige Moscheen betreibt, die in der Vergangenheit öfters wegen Haßpredigten für Aufsehen gesorgt haben.

So hatte ein Gastprediger aus Jordanien 2016 in der IGS-Moschee in Burbach Folgendes gepredigt: "Der Prophet hat uns die Eroberung von Konstantinopel prophezeit, dieses wurde 800 Jahre nach ihm erobert. Wir werden Rom erobern, wie es der Prophet uns prophezeit hat, mit Zustimmung derer oder zum Trotz." Die Predigt wurde auf der Webseite des "Middle East Media Research Institute" (Memri), einer Organisation, die islamische Medien beobachtet mit dem Ziel, islamistische Positionen zu dokumentieren, festgehalten. Rom ist für Islamisten ein Symbol für "den Westen" und zudem als Hauptstadt der Katholiken ein besonderes Feindbild für den radikalen Islam.

800 Quadratmeter Fläche stehen im alten Postgebäude in Sulzbach für das islamische Zentrum zur Verfügung, das 200 Besuchern Platz bieten soll. 600.000 Euro veranschlagt die muslimische Gemeinde für den Umbau. Woher das Geld kommt, sagt sie nicht.

Daß die alte Post überhaupt in den Besitz des zwielichtigen Trägervereins kommen konnte, liegt am Bürgermeister der Stadt, Michael Adam. Der Christdemokrat hatte vom Vorkaufsrecht der Stadt keinen Gebrauch gemacht. Das werfen immer mehr besorgte Bürger ihrem Bürgermeister nun vor. Dieses gilt um so mehr, als es in Sulzbach ohnehin schon seit Langem eine stadtbekannt salafistische Szene gibt.

Der CDU-Bürgermeister erhält jedoch Rückendeckung vom SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Dieter Heckmann, der ein naives Islamverständnis hat und von einem toleranten, friedlichen Miteinander träumt. Diesen Traum trennen leider Welten von den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes. Selbst die dem linken Spektrum zugeordnete "Aktion 3. Welt Saar" hatte vor der IGS gewarnt und in einer spektakulären Stellungnahme nach dem "Charlie Hebdo-Attentat" 2015 klargestellt, daß es zwar moderate Muslime gibt, aber der Islam nicht moderat ist.

Seitdem in Sulzbach ein ägyptischer Gastimam konservativ denkende Muslime über die Landesgrenzen des Saarlandes hinaus anzieht, fürchten viele Sulzbacher, daß der Postumbau diese Attraktivität noch steigern wird. Abgesehen vom Umbau der alten Post in eine Moschee und ein Islamzentrum plant die 2010 gegründete IGS auch noch, die bereits seit den 1970er Jahren bestehende Moschee in Brefeld, einem rund zur Hälfte von Türkischstämmigen bewohnten Stadtteil Sulzbachs, zum Salafismus zu bekehren.

Die etwa 60 Mitglieder der IGS werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Allerdings heißt es im letzten Lagebericht der Behörde, daß die Sulzbacher Salafisten nicht missionarisch un-

terwegs seien.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. September 2017:

>>**Dschihad erobert die Gefängnisse**

Radikale Moslems rekrutieren in deutschen Haftanstalten immer mehr neue Anhänger

Das Bundeskriminalamt gibt Berlins Justizvollzugsbeamten in einem Leitfaden nun Hinweise zum Umgang mit radikalen Moslems. Die Aktion enthüllt: Inhaftierte Dschihadisten werden zunehmend zu einem Sicherheitsproblem in den Gefängnissen der Hauptstadt.

In ganz Deutschland werden Vollzugsbeamte mittlerweile im Umgang mit radikal-islamischen Häftlingen geschult. Als Warnsignale für eine Radikalisierung gelten Symbole von Terrorgruppen ebenso wie bestimmte Gesten, Bekleidung, Barttracht oder Namensänderungen. Laut einem Bericht der Zeitung "BZ" ist Mitarbeitern des Berliner Strafvollzugs nun eine als Verschlussache deklarierte Ausarbeitung des Bundeskriminalamtes (BKA) ausgehändigt worden, die eine Reihe von Hinweisen zu radikalen Moslems liefert.

Sensibilisiert werden die Beamten darin, Veränderungen wahrzunehmen, die auf eine Radikalisierung von Gefangenen hindeuten. Berlin ist mit seinen mehr als 40 inhaftierten radikalen Muslimen nicht allein betroffen. Insgesamt sitzen deutschlandweit derzeit etwa 300 Personen, die die Behörden dieser Gruppe zuordnen, hinter Gefängnismauern.

Neben Berlin werden auch aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen zweistellige Zahlen von inhaftierten radikalen Moslems gemeldet. Die Zahl könnte schon bald rapide steigen. Generalbundesanwalt Peter Frank äußerte im August in einem Interview mit dem Berliner "Tagesspiegel", er rechne allein 2017 mit 500 bis 600 Prozessen gegen Terror-Beschuldigte. Im Vorjahr seien knapp 240 neue Verfahren gegen radikale Moslems eröffnet worden, wobei es sich bei mehr als 80 Prozent um Fälle "aus dem Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus" gehandelt habe.

Auch vom Bundeskriminalamt kommen alarmierende Zahlen. Die Behörde ermittelt mittlerweile gegen mehr als 400 Personen wegen des Verdachts, sie seien Mitglieder von Dschihad-Gruppen gewesen, bevor sie als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.

Schon die derzeit in Haft sitzenden radikalen Moslems stellen die Behörden vor Probleme. Die verstärkte Beobachtung der Gefangenen erfordert Vollzugspersonal, das nicht nur in Berlin oftmals knapp ist. Eine andere Sicherheitsmaßnahme droht wiederum eine verhängnisvolle Langzeitwirkung zu entfalten. Bundesweit ist es mittlerweile üblich, radikale Moslems voneinander getrennt unterzubringen. Laut einer Auskunft des Berliner Senats soll damit einer "gegenseitigen Bestärkung in der radikalen Gesinnung" entgegengewirkt werden.

Längst haben Terrorgruppen wie der Islamische Staat allerdings erkannt, welches Rekrutierungspotential auch ganz gewöhnliche Kriminelle darstellen. Hinter vielen Gefängnismauern ist damit ein besonders brisanter Mix zustande gekommen: Der Fanatismus von radikalen Moslems in Kombination mit der kriminellen Energie von Drogendealern, Schlägern und Intensivtätern. Forscher am Londoner King's College haben sich systematisch mit diesem Phänomen beschäftigt und im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht.

Die Auswertung der Werdegänge von Dschihadisten läßt demnach darauf schließen, daß sich mehr als ein Viertel von ihnen während eines Gefängnisaufenthalts radikalisiert hat. Untersucht hatten die Wissenschaftler die Fälle von 79 radikalen Moslems in mehreren europäischen Ländern. Bei mindestens 27 Prozent der Untersuchten ist von einer Radikalisierung während der Haft auszugehen. 57 Prozent der Untersuchten waren vor ihrer Radikalisierung bereits inhaftiert gewesen.

Zu befürchten ist, daß sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch massiv verstärkt. Die deutsche Justiz bislang hat sehr unterschiedliche Signale ausgesendet, wenn es um die Abschiebung von Terrorverdächtigen ging. Erst im August billigte das Bundesverwaltungsgericht in zwei Grundsatzentscheidungen die Abschiebung von Terrorverdächtigen aus

Deutschland. Grundlage der Entscheidung war der Paragraph 58a des Aufenthaltsgesetzes. Diese bislang kaum angewendete Regelung erlaubt eine Abschiebung auf Grundlage einer auf "Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr".

Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main entschied dagegen im Juli, daß ein terrorverdächtiger Tunesier nicht abgeschoben werden darf. Der Mann war bei einer Razzia in der radikalen Moslemszene festgenommen worden und steht sogar im Verdacht, im Auftrag des Islamischen Staates einen Anschlag in Deutschland vorbereitet zu haben.

Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Zweifeln, ob den Tunesier in seinem Heimatland ein hinreichender Schutz vor der Todesstrafe erwarte. Diese Entscheidung dürfte nicht nur für Tunesien Bedeutung haben, sondern vermutlich auch im Hinblick auf viele andere Herkunftsländer von radikalen Moslems. Verschärfend kommt hinzu, daß das Potential von gewaltbereiten Dschihadisten in ganz Europa inzwischen riesige Ausmaße angenommen hat. Der Antiterror Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, sprach gegenüber der spanischen Tageszeitung "El Mundo" unlängst davon, in Europa lebten mittlerweile mehr als 50.000 Dschihadisten.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 28. Oktober 2017 (x892/...): >>2048 - wenn Notre-Dame Moschee ist

In diesen Tagen geht eine Meldung durch's Internet, daß ein Priester im einstmals erzkatholischen Wallfahrtsort Werl in Westfalen in einem Supermarkt von Moslems übel beschimpft und angegriffen worden sei. Noch vor sehr kurzer Zeit wäre das eine völlig unvorstellbare Meldung gewesen. Und doch hat Jelena Tschudinowa, eine russische Schriftstellerin, schon 2005 einen Roman geschrieben, der Ereignisse und Entwicklungen dieser Art in eine bedrückende, aber nicht hoffnungslose Zukunftsvision weiterdenkt.

Die Hände halten das Buch, es sinkt langsam, man schaut in die Ferne und denkt: "Wie konnte Jelena Tschudinowa vor bereits zwölf Jahren die kommende Entwicklung so deutlich sehen und schildern?" Das Buch heißt "Die Moschee Notre-Dame, Anno 2048" und ist, das schon vorweg, eine ebenso fesselnde wie nachdenklich machende Lektüre.

Nach den aktuellen Entwicklungen seit 2015, die an dieser Stelle gar nicht mehr benannt werden müssen, ist Tschudinowas dystopische Vision ganz und gar nicht mehr so weit entfernt. Sie erzählt von einem Westeuropa, das vom Islam dominiert wird: Notre-Dame ist Moschee, der Papst hat die Kirche aufgelöst, der Petersdom ist Müllkippe für den Abfall Roms. Die Menschen leben in Ghettos, die von Familienclans beherrscht werden.

Wir wollen diese bedrückende Vision nicht weiter ausführen. Viel interessanter ist der Widerstand, den Tschudinowa in den (wortwörtlich - ein gelungenes Bild!) Katakomben von Paris sich organisieren läßt (es stimmt ja, daß der Pariser Untergrund von Gängen und Höhlen durchlöchert ist wie ein Schweizer Käse). Es sind verschiedenste Gruppen, die den Widerstand bilden, und sie werden in ihren jeweiligen Vertretern durchaus glaubhaft dargestellt.

Eine ganz wesentliche Rolle spielt der Widerstand aus religiösen Gründen. Wie gesagt: die offizielle Kirche ist vom Papst aufgelöst worden. Was noch existiert, sind Gruppen von Gläubigen, die sich um die Priester der von Erzbischof Lefebvre gegründeten Priesterbruderschaft St. Pius X. scharen. Und an diesem Beispiel wird der Scharfblick, wird das sichere Urteil der Autorin besonders deutlich.

Eine der Hauptpersonen des Buches, der junge Eugène-Olivier, trifft als Nichtchrist auf diesen katholischen Widerstand: er trifft auf Pater Lotaire, der noch ein Jahr im Seminar der "Piusbrüder" studieren konnte (bevor die Moslems es plünderten). In diesem Priester begegnet ihm die ganze Tradition nicht "nur" der Kirche, sondern jenes Europas, das von eben dieser Kirche geprägt ist. Warum Gott denn diesen Niedergang zugelassen habe, warum er zugelassen habe, daß Notre-Dame zur Moschee wurde, fragt er ihn an einer Stelle.

Und der Priester antwortet, daß dies sicher die Schuld der Vorfahren sei, weil sie das alles zugelassen haben, weil bereits sie Notre-Dame nicht als das Haus Gottes, sondern lediglich als Architekturdenkmal gesehen hatten. Das wiederum ist ein Bild, das so viel weiter greift als "nur" bis Notre-Dame als Gotteshaus: es ist ein Bild für den Glaubensverlust, der nicht erst in unserer Zeit so erdrutschartig zugenommen hat und letztlich der Grund für die Entwicklung ist. Entsprechend Hartes läßt Tschudinowa über eine bestimmte Art von Priestern des 20. Jahrhunderts sagen:

"Ich denke, sie, diese Priester des 20. Jahrhunderts, schmoren in der Hölle, die sie ebenfalls für eine Metapher hielten. Sie haben den Niedergang der römisch-katholischen Kirche zu verantworten und daß sie schließlich aufgehört hat zu existieren. Ihnen ist der närrische Wahlspruch zu verdanken, daß alle im Recht seien, Sie, und Sie und natürlich auch Sie, jeder auf seine eigene Art und Weise."

Genauso analytisch flicht die Autorin andere Ereignisse in die einzelnen Etappen der Entwicklung ein, die im Roman immer deutlicher wird. Fast schon vergessen ist doch heute z.B. die Rolle, die "der Westen" im Krieg gegen Serbien gespielt hat. Der Verfasser dieser Zeilen wurde bei der Lektüre urplötzlich daran erinnert, daß einer seiner Bekannten wegen seiner wohlbegründeten und auf eigener Anschauung beruhenden pro-serbischen Haltung seine hohe Stellung in der französischen Armee verlor, und ähnlich dürfte es vielen anderen Lesern auch gehen: wie viele von den Ereignissen, die zu der im Buch geschilderten Situation führen können, hat man doch schon in den Tiefen des Gedächtnisses so entlegen archiviert, daß sie kaum noch präsent sind!

Jelena Tschudinowa ist Russin. Ihre Kenntnis Frankreichs, der französischen Mentalität, ihre Wertung dessen, was im "Westen" geschah und geschieht, ist ganz erstaunlich. Und auch, wenn sie nicht orthodox, sondern katholisch ist, erstaunt ihre Kenntnis über die Lage der Kirche und ihre Kenntnis und ihre daraus erfolgende Einschätzung der "Piusbruderschaft", die in katholischen Kreisen des "Westens" durchaus nicht übermäßig bekannt ist.

Man nimmt das Buch wieder auf, das einem niedergesunken ist, sucht die Stelle, an der man die Lektüre unterbrochen hat und freut sich auf die nächsten Kapitel: es ist nämlich keineswegs so, daß dieses Buch eine intellektualistisch überladene, schwer verdauliche Kost ist. Ganz im Gegenteil! Man ist sofort im Geschehen, gespannt auf das, was kommen wird, man lebt in den Ereignissen, in den Umständen, sieht die Personen vor sich, die geschildert werden, man ist gespannt auf das, was sich entwickeln wird. Und man staunt über die logische Konsequenz der Entwicklung, die - mehr sei nicht verraten - nicht sofort im strahlenden Sieg, aber mit einem großen Zeichen der Hoffnung endet.

Der Renovamen-Verlag, der für die Übersetzung und Veröffentlichung dieses bemerkenswerten Buches gesorgt hat, hat damit für die Erfüllung eines Wunsches des berühmten Schriftstellers Jean Raspail gesorgt. Dieser hatte einmal sinngemäß gesagt, er für seinen Teil glaube an ein Weiterleben unserer Zivilisation, und sei es nur in kleinen, isolierten Reservaten, bis es dann eines Tages zum Aufbruch der Wiedereroberung kommen werde. Es sei aber nicht mehr seine Aufgabe, ein Buch zu schreiben, welches eine solche Situation schildert; das müßten nun andere tun.

Uns will es scheinen, als liege dieses Buch nun vor. Die spannende Lektüre sei unbedingt empfohlen, dem Renovamen-Verlag sei für die Veröffentlichung gedankt und dem Buch, das sich bereits in mehreren Ländern seinen Weg gebahnt und erfreulich durchgesetzt hat, sei eine große, eine sehr große Verbreitung gewünscht.

Jelena Tschudinowa: Die Moschee Notre-Dame. Anno 2048. Renovamen-Verlag Bad Schmiedeberg 2017 ... <<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. Juli 2018: >>**Rückzugsgefecht der Gesinnungstaliban**

Die *Zeit*-Redakteurin Mariam Lau erlebt gerade einen Shitstorm übelster Art. Ausgelöst wurde er durch ihre Stellungnahme zu den sogenannten Seenotrettern im Mittelmeer. Auf der dritten Seite der Hamburger Wochenzeitung hielt sie fest, daß die NGO-Aktivisten nichts zur Problemlösung beitragen.

Im Gegenteil, sie seien fest eingeplante Akteure im Geschäftsmodell der Schlepper. Die Schiffbrüchigen hätten zwar Anspruch auf Rettung, aber nicht auf ein Zielland ihrer Wahl. Die NGOs handelten aus angemessener moralischer Überlegenheit heraus, ohne einen Gedanken an die Folgen ihres Tuns zu verschwenden.

Angebot für eine längst fällige Debatte

"Stellen wir uns für zwei Minuten vor, wo Europa jetzt stünde, wenn man dem Drängen der Menschenrechtsorganisationen nach Legalisation aller Wanderungsbewegungen, ob Flucht oder Armutsmigration, nachgegeben hätte. Nach einem Europa ohne Grenzen. Eine Million, zwei Millionen, drei Millionen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die letzte demokratische Regierung fällt?"

So weit, so bekannt. Der Text ist maßvoll in der Form und in der Sache. Er ist Angebot für eine längst fällige Debatte. Die abschließende Frage müßte man allerdings zuspitzen: Wie lange würde es dauern, bis auch die letzten europäischen Metropolen zu Kalkutta geworden sind, mit allen sozialen, kulturellen, zivilisatorischen Konsequenzen?

In der *Süddeutschen Zeitung* reagierte Heribert Prantl erwartbar aufgebracht wie sachfremd: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dieser Satz muß der sicherste aller sicheren Sätze sein und bleiben." Repräsentativ für die Reaktionen auf Twitter ist der Tweet, den der Chef der Satire-Zeitschrift *Titanic*, Tom Wolff, abgesetzt hat: "Wer bei der *Zeit* arbeitet und nach diesen Sätzen von Mariam Lau ... ihr nicht täglich brühend heißen Kaffee ins Gesicht kippt, ist für mich moralisch gestorben."

Frustration und Desorientierung des Juste milieus

Bernd Ullrich, Stellvertretender Chefredakteur der *Zeit* und grüneingefärbter Linksausleger, zeigte sich geschockt über die aggressiven Rückmeldungen. "Ich habe heute am eigenen Leib mitbekommen, wie es ist, wenn die flüchtlingsfreundliche Gemeinde ins Gefecht zieht. ,Arsch offen, *Zeit*-Redakteure töten? Zivilisationsbruch, die *Zeit* aus dem Diskurs raus, mit Kaffee verbrühen, maßlose Enttäuschung'."

In einem zweiten Tweet ergänzte er: "Ich kann besser erspüren, warum Leute aus Trotz weiter nach rechts gehen. Ich bin kein fragiles Gemüt, bei mir wird das nicht passieren. Aber man sollte schon mal überlegen, ob Humanismus mit nichthumanem Sprechen erreicht werden kann. Gute Nacht Freude".

In der enthemmten Sprache entladen sich die Frustration und die Desorientierung des Juste milieus, deren Leitorgan die *Zeit* nach wie vor ist. Dieses Milieu ahnt, daß seine hypermoralische Haltung zu einer suizidalen Gefahr geworden ist, möchte diese Einsicht aber noch von sich schieben, auch weil das Eingeständnis mit einem Prestige-Verlust verbunden wäre.

Okay. Beitrag zur Versachlichung: Ich möchte natürlich NICHT "Zeit-Journalisten" auf offener Straße erschießen - sondern irgendwo im Mittelmeer, auf internationalen Gewässern, wo keiner so genau hinschaut und die rechtliche Lage eine andere ist.

- Tim Wolff (@titatimwo) Juli 12, 2018

Bevölkerungsexplosion in Nigeria

Einige reagieren darüber hinaus mit Verhärtung und der Radikalisierung ihrer Gesinnungsethik. Jede Abweichung von der reinen Prantl-Lehre, Zweifel, Kritik, der Appell an die Verantwortungsethik, gelten ihnen als Verrat. Und Verrätern schüttet man heißen Kaffee ins Gesicht. Mindestens!

Aus der Distanz betrachtet, handelt es sich bei diesem medialen Aufruhr um - kalten Kaffee.

Der Gewaltforscher Gunnar Heinsohn hat kürzlich wieder eine Rechnung aufgemacht: Nigerias Bevölkerung ist seit 1950 von 40 auf 200 Millionen Menschen angestiegen, von Platz 14 der bevölkerungsreichsten Nationen auf Platz 3. Deutschland ist in dieser Zeit von Platz 7 auf Platz 24 gefallen.

Die attraktiven Weide- und Ackerflächen im Land sind längst knapp geworden. Außerdem hat Nigeria gegen die überlegene asiatische Konkurrenz 40 Prozent seiner Industrieproduktion eingebüßt. Bis 2050 werden sogar 410 Millionen Einwohner erwartet.

Ein Hoffnungsschimmer

Der Bürgerkrieg um die fruchtbaren Flächen richtet sich momentan gegen die Christen, doch auch innerhalb der Religionsgemeinschaften werden Konfliktlinien aufbrechen, denn: "Durchgehend müssen 4.500 bis 5.000 Jünglinge von 15 bis 19 Jahren um die Positionen und Ländereien von 1.000 Männern zwischen 55 und 59 Jahren kämpfen. Vorwände für Gewalt finden sich dann allemal auch zwischen Verehrern derselben Gottheit."

Allein in Nigeria werden also zig Millionen persönlicher Fluchtgründe generiert, die Europa weder vor Ort beheben noch bei sich befrieden kann. Die gesinnungsethischen Taliban in der Bundesrepublik werden sich durch solche Berechnungen keineswegs beeindruckt lassen. "Die Menschen sprengen sich für Allah in die Luft - weshalb sollen sie dann nicht ihre Gesellschaft für die Menschenrechte zerstören?" fragte Rolf Peter Sieferle in seiner Studie "Das Migrationsproblem". Wenn eine profilierte *Zeit*-Redakteurin dagegen die Stimme der politischen Vernunft erhebt, ist das ein Hoffnungsschimmer.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juli 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>Erdogans Fünfte Kolonne

_ von Daniell Pföhringer

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Großstädte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.

Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosphorus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosphorus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkauft hat. Den Grundstein für die Anatolisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei:

Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte. Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zu Gunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas.

Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnen sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Er-

werbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.

Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen.

...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/78-79): >>**Die Richterin und ihre Henker**

_ von Josephine Barthel

Kirsten Heisig war ein Störfaktor für das Polit-Establishment - und mögliche Spitzenkandidatin einer neuen Protestpartei. Mußte sie deswegen sterben?

Geduld scheint eine Eigenschaft zu sein, die in Deutschland besonders ausgeprägt ist. In kaum einem anderen Land der Welt ist die politische Leidensfähigkeit so hoch wie zwischen Oder und Rhein. Statt konkreter Maßnahmen, die für die Regelung der Zustände in unmittelbarer Umgebung sorgen, philosophieren bundesdeutsche Gutmenschen lieber über globale Gesellschaftsentwürfe oder das Zusammenleben von Menschen in anderen Breitengraden - während es im eigenen Stadtteil bereits lichterloh brennt.

Insofern war bereits der Titel eines Buches eine Kampfansage gegen die allumfassende Lethargie, die für alle Befürworter des Status quo lebenswichtig ist: Das Ende der Geduld. Was die Berliner Amtsrichterin Kirsten Heisig in dieser Streitschrift präsentierte, dürfte vielen Gesellschaftsgruppen nicht gefallen haben. Weder der Einwanderungslobby des Großkapitals, das billige Fachkräfte rekrutieren möchte, noch den etablierten Parteien, die über Jahrzehnte eine völlig reflexionslose Asylpolitik betrieben haben. Und schließlich sind die Wahrheiten Kirsten Heisigs auch für manche Migrant-Communities und die angeschlossenen Sozialstaatsapparate wenig erfreulich gewesen.

Tod im Tegeler Forst

Daß die Autorin des brisanten Buches den Erscheinungstag nicht mehr erleben durfte, wunderte die veröffentlichte Meinung in Deutschland kaum. Heisig verschwand am selben Tag, an dem sie die letzten Korrekturen an das Lektorat geschickt hatte. Für Polizei und Presse stand gleich fest, daß die lebenslustige Mutter zweier Kinder Selbstmord begangen haben soll. Man stellte sich nicht die Frage, unter welchem Gefahrenpotential Menschen leben, die solch unbequeme Wahrheiten aussprechen. Eine SMS an die Kinder, die auf psychische Probleme hingedeutet habe, soll Beweis für die Selbstmordthese sein.

Daß Kirsten Heisig noch am Tage ihres Verschwindens einen Talkshowtermin bei Stern TV zugesagt und danach einen Urlaub mit ihren Kindern gebucht hatte, ist nur eines der mehr als sonderbaren Indizien, die besonders im Internet für kontroverse Diskussionen sorgen sollten. Die sogenannte seriöse Presse hielt sich an das, was viele als inoffizielle Sprachregelung empfanden - jedenfalls in Deutschland.

"Verdacht eines vertuschten Mordes" Neue Zürcher Zeitung

Anders in der Schweiz. Das wichtigste Blatt der Alpenrepublik, die Neue Zürcher Zeitung, notierte am 15. September 2010 verwundert: "Von Oberstaatsanwalt Andreas Brehm hätten wir ... gern Näheres über Kirsten Heisigs Selbstmord im Tegeler Forst erfahren, dessen Umstände so fragwürdig sind, daß sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen läßt."

Auf die Frage, ob die nichtöffentlichen Ermittlungsakten auf Antrag einsehbar wären, habe Brehm mit den Worten geantwortet: "In diesem Fall gewiß nicht."

Hierzulande beschäftigte sich ausschließlich das Netzforum Kopp Online umfassend mit dem mysteriösen Tod der Richterin. Der Investigativjournalist Gerhard Wisnewski stellte in einer acht Folgen umfassenden Beitragsreihe zahlreiche Fragen, die bis heute nicht ausreichend beantwortet wurden.

Von Anfang an, so Wisnewski, habe die Polizei nach außen hin einseitig ermittelt. Bereits am 2. Juli, also kurz nach dem Verschwinden Heisigs, habe man apodiktisch verkündet: "Eine Entführung, überhaupt eine Straftat, schließt die Polizei aus." Es sei, so der Autor, nicht mitgeteilt worden, wo und wie die Frau genau gefunden worden oder wie sie tatsächlich zu Tode gekommen sei. Auch warum bei heißem Wetter und daraus folgender schneller Verwesung einer Leiche diese in einem stark frequentierten Waldstück nicht schneller gefunden wurde, bleibt offen. Die schon bald eingesetzten Suchhunde jedenfalls hätten den Verwesungsgeruch bemerken müssen.

In der Kriminalistik wird bereits jedem Erstsemester eingepaukt, daß man bei einer Straftat immer nach dem Motiv zu fragen habe. Für die Selbstmordthese spricht laut überzeugender Aussagen von Weggefährten Heisigs nichts. Für Mord dagegen viel. Man darf davon ausgehen, daß Heisig nach der Veröffentlichung des Buches, ähnlich wie später Thilo Sarrazin, zum Medienstar geworden wäre. Nicht umsonst nannte man sie in Anlehnung an den Hamburger Ex-Senator und Richterkollegen Ronald Schill "Richterin Gnadenlos".

Während Schill zum kurz aufflackernden politischen Ecce-Homo (klassische Aussprache) wurde, die Politikszene aufmischte und dann plötzlich und unerwartet abstürzte, fand Kirsten Heisig noch vor dem medialen Durchbruch den Tod. Doch wenn Schill als manchmal allzu schneidiger Hardliner Wahlergebnisse von über 20 Prozent in Hamburg erzielen konnte - welche Resultate hätte da erst eine grundsolide und sympathische Frau wie Kirsten Heisig erzielen können?

Politisches Potential

Diese Frage ist keineswegs abstrakt. Nach Berichten von Weggefährten des damaligen Berliner CDU-Dissidenten René Stadtkewitz war Heisig im Sommer 2010 an Gesprächen über eine Parteibildung beteiligt und sogar als Spitzenkandidatin im Gespräch. Als untadelige Richterin mit der Fähigkeit, tabuisierte Probleme anzusprechen und konkrete Lösungen aufzuzeigen, hätte sie bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin im Herbst 2011 eingeschlagen wie eine Bombe.

Nicht auszuschließen ist, daß sie mit ihrem sachbezogenen Ansatz, der nicht gegen den Islam, sondern gegen das kriminelle Potential genau definierbarer Ausländergruppen zielte, Brücken hätte bauen können zur Mehrheit der vernünftigen Moslems. In Neukölln und Wedding sind es nämlich oft genug die fleißigen Türken der ersten Einwanderergeneration, die unter der Gewalt und Asozialität der später Zugezogenen, vor allem krimineller arabischer Gangs, zu leiden haben. Daß sie den jugendlichen Delinquenten nicht nur mit der Strenge des Gesetzes kam, sondern ihnen bisweilen auch als Frau und Mutter ihr Herz öffnete, muß allen verhaßt gewesen sein, die den "Kampf der Kulturen" von der einen wie von der anderen Seite befeuern wollen.

Heisig wäre nach der Veröffentlichung des Buches zum Medienstar geworden.

Wer profitierte von Kirsten Heisigs Tod - und wer mußte die lebendige Kirsten Heisig fürchten? Diese Fragen zu stellen, hat nichts mit einer sogenannten Verschwörungstheorie zu tun - ein Begriff, der immer gern benutzt wird, um sich einer Diskussion zu entziehen. Unliebsame Annahmen werden rasch und wirkungsvoll zu einer solchen Theorie gestempelt, damit man sich nicht mit ihnen beschäftigen muß.

Von den Deutschen wird gesagt, sie lebten in historischen Pendelschlägen. Nach Zeiten der absoluten Ruhe und Agonie kamen oft übersteigerte Gegenbewegungen. Man hat bei der Lektüre von Das Ende der Geduld den Eindruck: Kirsten Heisig war es ein Anliegen, daß es bald zu konstruktivem Handeln kommt. Bevor die Probleme unüberschaubar werden - und damit auch die Reaktionen.

_ Josephine Barthel hat in München und Köln Vor- und Frühgeschichte sowie Mediävistik und Rechtswissenschaften studiert. Sie lebt heute als freie Autorin in Limoges.<<

Der deutsch-ägyptische Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad berichtete im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/180-184,265-266): >>... **Orient und Okzident**

Antithese mit Tradition

Das Morgen- und das Abendland sehen sich bereits seit dem siebten Jahrhundert als Antithese zueinander. Auch wenn es im Laufe der Geschichte gelegentliche Phasen des Friedens und des Kulturtransfers zwischen den beiden Kontrahenten gegeben hat, bestimmten fast immer Konflikte und Haß die Beziehung zueinander.

Die Erfolge der einen Seite waren fast immer zwangsläufig mit Verlusten der anderen verbunden. Im jeweiligen Kollektivgedächtnis werden eher die traumatischen Erfahrungen betont, nicht die Gemeinsamkeiten. Während die einen an Kreuzzüge und Kolonialismus denken, denken die anderen an die Eroberung Konstantinopels, die Türken vor Wien und den 11. September.

Jede Seite wußte die Konturen der eigenen Identität der anderen zu schärfen. Jede Seite hielt oder hält die eigenen Werte für überlegen und allgemeingültig und die anderen für dekadent beziehungsweise barbarisch.

Die Geschichte von Orient und Okzident ist eine Geschichte voller Mythen, voller Asymmetrien, Kränkungen und Mangel an Vertrauen. Die Araber verbrachten Jahrhunderte in Spanien als Kolonialmacht, es kam zu einer kurzen Phase der Zusammenarbeit mit Juden und Christen, aber nie zu einer wirklichen Vermischung oder einer Kultursymbiose, in der alle gleichberechtigt und gemeinsam teilhatten an der Blütezeit. Die westlichen Kolonialherren wiederum verbrachten Jahrhunderte im Orient, die Errungenschaften der Moderne und die Gedanken der Aufklärung im Gepäck, ohne daß auf dieser Basis neue, gemeinsame Werte entstanden wären.

... In der islamischen Welt aber hinterließ der Kolonialismus eine so tiefe narzißtische Wunde, daß sie auch mit der Zeit nicht zu heilen scheint. Denn die faktische Überlegenheit des Westens widerspricht dem islamistischen Gottesplan, der den Sieg des Islam über alle Kulturen verspricht.

Seit Jahrzehnten nun leben Millionen von Muslimen in Europa, sie genießen die Vorzüge der Freiheit und des Wohlstandes, dennoch sind sie und ihre Religion hier immer noch fremd und exotisch. Viele Europäer empfinden die hier lebenden Muslime als eine Gefahr für die innere Sicherheit. Und viele Muslime blicken mit Skepsis auf die Freiheit und haben Angst, ihre Seele an den Westen zu verlieren.

Diese Distanz ist bemerkenswert, liegen die Kulturräume Arabien und Europa doch geographisch und auch religiös näher beieinander als Asien und Europa. Und doch schaffen es die Asiaten besser und schneller, sich in westlichen Gesellschaften einzugliedern und sich westli-

che Werte zu eigen zu machen, als Muslime.

Vietnamesen, Thailänder, Japaner, Koreaner und Chinesen sind mit Sicherheit ebenso stolz auf ihre eigene Kultur und versuchen, diese auch in der Fremde zu bewahren. Aber sie sehen ihre Kultur nicht als die bessere Alternative zur westlichen Zivilisation. Sie empfangen genau wie Muslime die Programme der Satellitensender aus der Heimat, doch diese warnen sie nicht vor der Moral des Westens und schüren keine Verschwörungstheorien. Obwohl auch Asien in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit westlicher Aggression gemacht hat, hat hier die Erziehung zum Haß gegen den Westen keine Tradition. ...

Anders als das Christentum ... war der Islam sehr früh in seiner Geschichte erfolgreich unter anderem auf den Trümmern des christlichen Byzantinischen Reiches. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kannte er über Jahrhunderte die Situation einer Minderheit nicht. Deshalb hat er ein Selbstverständnis der Dominanz und Gestaltung entwickelt und mußte auch nie eine Minoritätentheologie entwickeln. Statt dessen war der Sieg über die westlichen Mächte in Spanien, Sizilien, Konstantinopel, Nordafrika und auf dem Balkan die Grundlage für das Entstehen vieler islamischer Reiche.

Als der Islam seine Macht verlor, stieg Europa militärisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich auf und kolonisierte weite Teile der arabischen Welt. Das letzte islamische Reich, das gefallen war, war das Osmanische Reich, das letzte Kalifat. Dieses mußte sich in einer direkten Auseinandersetzung mit dem Westen geschlagen geben. Seine Gebiete wurden unter westlichen Mächten aufgeteilt.

Diesen Machtverlust können viele Muslime bis heute nicht verkraften. Viele träumen noch immer davon, daß sich irgendwann das Rad der Geschichte doch noch zu drehen und der Islam die Macht über die Welt wiedererlangen wird. Dieser Traum legitimiert sich durch ein heiliges Versprechen Allahs im Koran. Der Sieg des Islam über alle anderen Religionen und über die Ungläubigkeit ist nicht nur ein Traum, sondern ein politischer Auftrag, den Gott höchstpersönlich allen Gläubigen erteilt.

Von tödlichen Identitäten und rückwärtsge wandten Utopien

"Der Islam ist als Fremder geboren und wird als Fremder wiederkehren. Selig sind die Fremden", hat Mohamed prophezeit. Nicht jeder Muslim, der nach Europa auswandert, nimmt diesen Auftrag ernst und nicht jeder will Europa islamisieren, doch für viele Islamisten und Vertreter des konservativen Islam ist dieser Traum eine Orientierung für die Zukunft. Manche arbeiten daran, daß die Prophezeiung bald Realität wird, andere behalten sie zumindest im Herzen.

Alle aber wissen, daß der Islam nicht gekommen ist, um sich in irgend etwas zu integrieren, sondern um alles von oben zu bestimmen und den Willen Gottes auf Erden durchzusetzen. Das Prinzip "Andere Länder, andere Sitten" und "Jeder soll nach seiner Fassung selig werden" ist für den gläubigen Muslim nicht bindend. Denn es gibt im Islam keine Gleichwertigkeit von Werten und Sitten. Nur die islamische Moral ist wirklich eine Moral. Und Moral ist gleich auch Gesetz.

Von einem Muslim wird erwartet, daß er und der Islam eine Einheit bilden und daß er sich nicht nur von den unislamischen Werten distanziert, sondern diese auch aktiv bekämpft, während er die islamischen Werte nicht nur unter Muslimen, sondern überall, wo er lebt, verbreiten soll. ...<<

>>... Ein Blick in die Zukunft

... Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und

entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.

Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glaubens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt, die aus den Fugen geraten ist.

Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.

Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.

Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr. Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen.

...<<